

## **Postulat Fraktion SP/JUSO (Raymond Anliker, SP) vom 7. November 2002: Sicherheit in der Stadt Bern: Konzept und Massnahmenplan zur Gebietsaufwertung; Fristverlängerung Punkt 1 und 2**

Der Stadtrat hat am 14. August 2003 den Punkt 3 der folgenden Motion erheblich erklärt und die Punkte 1 und 2 in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt:

Der Politik kommt die Aufgabe zu, Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Aufrechterhaltung der Sicherheit im öffentlichen Raum aufzuzeigen. Dabei ist von einem differenzierten, umfassenden Sicherheitsverständnis auszugehen. Es muss sich an den Ursachen für Gewaltentwicklung und Kriminalität orientieren, die Prävention hat deshalb eine zentrale Bedeutung, um den Nährboden für Gewalt auszutrocknen. Die SP / Juso-Fraktion fordert mit einer Reihe von Vorstössen den Gemeinderat auf, alle Möglichkeiten für eine nachhaltige Sicherheitspolitik in der Stadt Bern auszu-schöpfen.

„Ein adäquater politischer Umgang mit Bedrohungen bedarf sowohl der Kenntnis von lokalen Rahmenbedingungen als auch von lokalen Milieurealitäten. Ein zukunftsweisender Umgang mit Bedrohungen in einem Stadtteil sollte nicht beim Anlass von Bedrohungen stehen bleiben, sondern nach dem Gehalt fragen und auf diesen reagieren“ (C. Berger / I. Somm; Zürcher Studie „Stadtteile zwischen Abwertung und Aufwertung“).

In seinen Legislaturrichtlinien 2001–2004 nennt der Gemeinderat wichtige Handlungsfelder zur Aufwertung belasteter Quartiere: Schaffen von Wohnraum, bessere Durchmischung der Quartiere, Lärmbekämpfung, Aufwertung des Wohnumfeldes, Partizipationsprojekte, Integration der Migrationsbevölkerung, Attraktivierung der Schule, Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum. Das Problem scheint erkannt: Schlechte Lebensqualität, mangelhafte Attraktivität und ausbleibende Entwicklungsimpulse haben für bestimmte Gebiete in unserer Stadt zur Folge, dass vor allem sozial stabile oder finanziell wohl-situierte oder aufstrebende Haushalte diese Quartiere zunehmend verlassen und dass sozial schwache und schwierig zu integrierende Bevölkerungsgruppen mit geringen finanziellen Ressourcen zuziehen.

Eine zukunftsweisende Strategie gegen eine solche Entwicklung sind so genannte Gebietsaufwertungen. Das Ziel von Gebietsaufwertungen besteht darin, in den belasteten Gebieten die Lebensqualität für die ansässige Bevölkerung rasch und spürbar zu erhöhen und die bestehenden Potenziale zu nutzen. So sollen das Image gehoben und die Quartieridentität gestärkt werden. Zudem muss die soziale Durchmischung verbessert und die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung gefördert werden. Wir kennen national und international verschiedene Modelle und erfolgreich durchgeführte Projekte. Sie zeichnen sich alle dadurch aus, dass sie eine Querschnittsaufgabe für viele Politikbereiche sind. Die Handlungsfelder sind z.B. die folgenden: Wohnbereich (Wohnumfeldverbesserungen, Renovationen, Neubauten, interkulturelle Wohnberatung), Grün- und Freiflächenplanung (Spiel- und Aufenthaltsflächen im Quartier), Verkehr (Verminderung des Verkehrsaufkommens, sichere Schulwege), Quartierleben (soziale Netzwerke, Stärkung der Eigeninitiative, Förderung der Vielfalt, Quartier-räume und -zentren, Integration der sozial schwächeren Wohnbevölkerung), Schulbereich (Sonder- und Stützunterricht, Förderung von quartierspezifischen Schulprojekten), Arbeit (Kooperation mit Wirtschaft, Gewerbe, Detailhandel zur Stärkung der lokalen Wirtschaftsstruktur), etc.

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Eine detaillierte Analyse der Handlungsfelder zur Gebietsaufwertung vorzunehmen.
2. Dem Stadtrat ein Konzept zur Gebietsaufwertung in der Stadt Bern vorzulegen.
3. Dem Stadtrat einen Massnahmenplan mit Kreditvorlage zu unterbreiten.

Bern, 7. November 2002

*Motion/Postulat Fraktion SP/JUSO* (Raymond Anliker, SP), Markus Lüthi, Rolf Schuler, Rosmarie Okle Zimmermann, Peter Blaser, Christian Michel, Margrit Stucki-Mäder, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Oskar Balsiger, Marie-Louise Durrer, Andreas Zysset, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Michael Aebersold, Sabine Schärner, Margareta Klein-Meyer, Corinne Mathieu, Walter Christen, Beat Zobrist, Christof Berger, Ruedi Keller, Sylvia Spring Hunziker, Miriam Schwarz

### **Bericht des Gemeinderats**

Wie in seiner Antwort vom 7. April 2003 erläutert, unterstützt der Gemeinderat grundsätzlich die Zielsetzung des Postulats. Die Quartierplanungen (im Stadtteil II Quartierplanung inklusive Konzept MIV, in den anderen Stadtteilen aufgliedert in Quartierplanungen und Teilverkehrspläne MIV) für die einzelnen Stadtteile prüfen im partizipativen Prozess den Handlungsbedarf und die quartier-spezifischen Programme und Massnahmen zur Gebietsaufwertung.

Da im Vorstoss ausdrücklich auch verkehrliche Massnahmen erwähnt werden, hat der Gemeinderat den Abschluss der Quartierplanungen sowie auch der Teilverkehrspläne abgewartet, um einen Bericht zu den Postulatspunkten zu verfassen.

Nachdem der Gemeinderat, die letzten Quartierplanungen für die Stadtteile III und IV im Dezember 2012 (beziehungsweise im Januar 2013) und die Teilverkehrspläne für den MIV (Motorisierter Individualverkehr) in die Stadtteilen IV und V im September (beziehungsweise im Oktober 2013) in Kraft gesetzt hat, kann ein Massnahmenplan mit Kreditvorlage ausgearbeitet werden. Dem Stadtrat wird deshalb eine Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2014 beantragt.

### **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion SP/JUSO (Raymond Anliker, SP) vom 7. November 2002: Sicherheit in der Stadt Bern: Konzept und Massnahmenplan zur Gebietsaufwertung; Fristverlängerung Punkt 1 und 2.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung bis 31. Dezember 2014 zu.

Bern, 18. Dezember 2013

Der Gemeinderat